Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale=Ztg.)

Herrenhaus.

20. Sitzung vom 1. Juli 11 Uhr.

Die Sitzung wird 20 Minuten nach 11 Uhr in Anwesenheit von 15 Mitgliedern eröffnet.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung der **Sekundärbahnvorlage.**

In der Generaldiskussion beantragt der Berichterstatter Oberbürgermeister **Küper,** die Vorlage, welche für Herstellung neuer Linien und Gleise und für die Beschaffung von Betriebsmitteln 48,165,000 M. fordert, unverändert anzunehmen.

Frhr. v. **Manteuffel** wünscht eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen den beiden Industriebezirken Finsterwalde und Senftenberg durch eine Durchführung der Lokalbahn Finsterwalde=Schipkau nach Senftenberg.

Oberbürgermeister **Struckmann** bittet um den Bau zweier Eisenbahnlinien, die von Tandersheim einerseits nach Duingen, anderseits nach Elze führen.

Eisenbahnminister **Thielen** erwidert, daß betreffs dieser Linien Vorermittelungen schweben, welche die technische Ausführbarkeit gezeigt haben, doch seien die finanziellen Schwierigkeiten, namentlich hinsichtlich der Hergabe von Grund und Boden, noch nicht beseitigt.

Damit ist die Generaldiskusion geschlossen.

In der Spezialberathung wird der Entwurf debattelos angenommen.

Es folgen Petitionen.

Ueber eine Petition, betr. den weiteren Aufschluß des Hunsrück durch Eisenbahnen, geht das Haus nach dem Antrage der Kommission zur Tagesordnung über.

Bei der Berathung einer Petition, betr. Prüfung der bisherigen maßgebenden Normen für Konzessionirung des Baues von Privateisenbahnen bekämpft

Frhr. v. **Manteuffel** den Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung.

Minister **Thielen** erklärt sich dagegen mit dem Kommissionsantrage einverstanden.

Frhr. v. **Manteuffel** bezweifelt darauf die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident **Otto** Fürst zu **Stolberg** schließt sich diesem Zweifel an und beraumt die nächste Sitzung auf Dienstag 2 Uhr an (Rechnungssachen, Bericht der Matrikelkommission, Petitionen).

Schluß nach 12¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung vom 1. Juli, 11 Uhr.

Der Gesetzentwurf, betr. Ausdehnung des Gesetzes über Bildung von Wassergenossenschaften auf das Gebiet der Volme und ihrer Nebenflüsse, wird in erster und zweiter Berathung erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Ruhegehaltskassen für Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen.

Die Kommission (Berichterstatter v. Koelichen, kons.) beantragt, das Gesetz nach den Beschlüssen des Herrenhauses anzunehmen.

Abg. Frhr. v. **Minnigerode** (kons.): Meine Freunde sind der Meinung, daß es sich hier um eine rein finanzielle Frage handelt, die nicht im Rahmen eines Schulgesetzes geregelt zu werden braucht. Das finanzielle Risiko, welches die weniger leistungsfähigen Gemeinden zu tragen hätten, wird dadurch bis zu einem gewissen Grade beseitigt. Wir werden dem Entwurfe unsere Zustimmung nicht versagen.

Abg. Dr. **Wuermeling** (Ctr.): Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkte, daß das gesammte Volksschulwesen durch ein einheitliches Schulgesetz im Sinne der Verfassung geregelt werden muß. Trotzdem glauben wir nicht gegen unser Prinzip zu verstoßen, wenn wir dies Gesetz, welches eine Einzelfrage regeln will, annehmen, zumal da das Gesetz mit dem bestehenden Pensionsgesetze zusammenhängt. Gegenüber einzelnen Bedenken liegen die Vortheile auf der Hand. Die Lasten werden von den schwächeren Schultern auf den Verband abgewälzt.

Der Gesetzentwurf wird hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung der Verhandlungen des Landeseisenbahnrathes.

Abg. **Lotichius** (wildliberal) befürwortet Ausdehnung der Tarifermäßigungen für Minetteeisen bis nach Oberlahnstein im Interesse der westfälischen Hochöfen.

Geheimrath **Höter:** Die Werke, um die es sich hier handelt, liegen meist am Wasser und sind deshalb auf den Wasserweg angewiesen. Es läge nicht einmal in ihrem Interesse, wenn sie Minetteeisen lediglich auf dem Eisenbahnwege bezögen. Deshalb ist eine Ausdehnung der Tarifermäßigungen bis Oberlahnstein nicht in Aussicht genommen.

Abg. Dr. **Hammacher** (nl.) unterstützt den Wunsch des Abg. Lotichius, da die Ermäßigung des Minettetarifs um 11 M. pro Doppelwaggon nicht wirksam sei. Vortheil von der Tarifermäßigung hätten nur die Werke im Saarrevier, welche dadurch Roheisen um 2 M. billiger pro Tonne produziren könnten. Die Tarife auf den belgischen Bahnen seien bedeutend billiger als die preußischen, so daß es vortheilhafter sei, Minette auf dem Umwege über Belgien zu beziehen. Dabei sei Belgien noch bereit, die schon so niedrigen Tarife für Minettes noch weiter herabzusetzen.

Geheimrath **Höter:** Nach unseren eingehenden Untersuchungen ist es unrichtig, daß Minettes auf belgischen Bahnen billiger bezogen werden können. Nur ein einziges mal ist ein Gelegenheitstransport befördert worden. Auch ist der Regierung nichts von etwaigen Repressalien gegenüber den belgischen Bahnen, falls sie noch weitere Ermäßigungen eintreten lassen, bekannt. Würden die Tarife noch weiter bis Oberlahnstein ermäßigt, dann würde die Folge sein, daß die am Rhein belegenen Werke einen bedeutenden Vortheil vor den nicht am Rhein belegenen Werken haben. Jetzt sind die Transportkosten ungefähr gleich.

Abg. **Letocha** (Ctr.) führt Beschwerde darüber, daß die Tarife für oberschlesische Kohle erhöht worden sind. Diese Erhöhungen müßten schon formell beanstandet werden, weil die Interessenten, speziell der Bezirkseisenbahnrath in Breslau, nicht gehört worden seien. Materiell führten diese Tariferhöhungen zu einer Beschränkung des Absatzgebietes für oberschlesische Steinkohle. Und doch sei die Lage der oberschlesischen Bergwerke sehr ungünstig. Sie hätten die schwere Aufgabe, die englische Kohle vom deutschen Markte zu verdrängen.

Geheimrath **Möllhausen:** Der formelle Mangel ist bereits geheilt, da der Bezirkseisenbahnrath in Breslau um ein Gutachten ersucht worden ist. Materiell liegt der Verwaltung ein Antrag auf Wiedereinführung der früheren Tarife vor, welcher in der nächsten Sitzung des Landeseisenbahnraths einer eingehenden Berathung unterzogen werden wird.

Abg. **Schultz** (Lupitz, frk.) führt lebhafte Beschwerde über die Einführung der Staffeltarife, wodurch die Provinz Sachsen erheblich geschädigt werde. Im Gegensatz dazu sei von einer Verbilligung der Tarife für Düngemittel bisher noch nicht die Rede gewesen.

Geheimrath **Fleck** weist auf die Ausführungen des Ministers vom Freitag hin, der an der Hand der Statistik nachgewiesen habe, daß Sachsen außerordentliche Vortheile von den Staffeltarifen habe. Was die Frage der Verbilligung der Tarife für künstliche Düngemittel angehe, so werde die Frage der Bedeutung des Gegenstandes entsprechend eingehend geprüft und hoffentlich zu einem befriedigenden Abschlusse gebracht werden.

Abg. **Cahensly** (Ctr.) spricht der Eisenbahnverwaltung seine Zustimmung für ihre Tarifpolitik bezüglich des Minetteeisens aus.

Abg. Dr. **Hammacher** (nl.): Die finanziellen Ergebnisse unserer Eisenbahnverwaltung sind immer noch glänzende zu nennen. Wenn wir noch immer Schmerzen haben, so liegt das daran, daß wir uns gewöhnt haben, die Ueberschüsse der Eisenbahnen als dauernde Einnahmen anzusehen, auf die wir dauernde Ausgaben basiren. Die Staatseisenbahnverwaltung würde sich großen Vorwürfen aussetzen, wenn sie eine verkehrte Tarifpolitik einschlüge, und nicht auch weiterhin durch entsprechende Gestaltung der Tarife die wirthschaftliche Entwicklung förderte.

Abg. Dr. **Gerlich** (frk.) tritt im Gegensatz zum Abg. Schultz-Lupitz für die Staffeltarife ein.

Damit schließt die Besprechung. Der Bericht wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Bezüglich einer Petition des Vereins=Zonentarifs beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

Dazu ergreift das Wort Abg. **Broemel** (dfr.): Es ist bedenklich, daß die Berathung der großen Eisenbahnfragen von der Berathung des Etats getrennt wird. Das hat sich auch in diesem Jahre gezeigt. Daraus soll man entnehmen, daß in Zukunft die großen Fragen mit dem Etat zusammen berathen werden müssen. Sonst ist Gefahr vorhanden, daß gegen Schluß der Session das Interesse für diese Frage einschläft.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Es folgt die Berathung des **Berichts über die Betriebsergebnisse der Eisenbahnverwaltung** im Jahre 1891/92. Die Kommission beantragt, den Bericht für erledigt zu erklären, außerdem aber die Regierung aufzufordern, den Betriebsbericht der Eisenbahnverwaltung in Zukunft unter möglichster Berücksichtigung der Grundlagen des Etats aufzustellen und insbesondere zur Aufklärung der Abweichungen von dem Etat zu benutzen, ferner in dem alljährlich zu erstattenden Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen thunlichst genaue Angaben über die Wirkungen der eingeführten wichtigeren Tarifermäßigungen und sonstigen wichtigeren Verkehrserleichterungen vorzulegen, sowie die Ausgabe von direkten Fahrkarten zwischen Stationen des preußischen Staatseisenbahnnetzes und demgemäß die Ausgabe von Rückfahrkarten thunlichst auszudehnen.

Abg. Dr. **Hammacher** (nl.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und empfiehlt deren Beschlüsse zur Annahme. Ferner fragt Redner unter Bezugnahme auf den Hamburger Fall an, ob ähnliche Vorkommnisse noch weiter sich ereignet hätten.

Minister **Thielen** führt aus, daß die Verwaltung den Kommissionsbeschlüssen sympathisch gegenüberstehe. Die Frage der Rückfahrkarten beschäftige die jetzt tagende Konferenz deutscher Staatsbahndelegirter. Die Untersuchung über die beim Verkauf von Rückfahrkarten hier und da unter den Beamten aufgetretene Demoralisation sei noch nicht abgeschlossen.

Abg. **Broemel** (df.) spricht den dringenden Wunsch aus, daß, wenn die übrigen deutschen Staaten das bairische Rückfahrkartensystem einführen, die preußische Staatsbahnverwaltung sich nicht ausschließe.

Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Es folgt die Interpellation des Abg. **Schultz=Lupitz** (fk.), betreffend Maßregeln zur Linderung des Nothstandes wegen Mangel an Viehfutter und Streumaterial.

Der Antragsteller Abg. **Schultz=Lupitz** betont zunächst, daß von einem allgemeinen Nothstande noch nicht die Rede sein könne, zumal auf eine reichliche Kartoffelernte zu hoffen sei. Dagegen fehle es vielfach an dem nöthigen Futter und Stroh. Darunter leiden besonders die kleineren Wirthschaften. Es ist daher wohl zu erstreben, daß die Staatsverwaltung da, wo Noth herrscht, ihr abzuhelfen sucht. Die Regierung ist ja schon ein gutes Stück entgegengekommen, indem sie Frachtermäßigung für die Beförderung von Futter= und Streumaterial gewährte. Doch müßte der Termin für die Haltung dieser Tarifherabsetzung bis zum 1. Mai 1894 ausgedehnt werden. Ferner sollte die Regierung mit der Hergabe von billigem Torfstreu und Laubfutter vorgehen. Dagegen kann ich mich mit dem Vorschlage, den Zoll auf Reis, Mais und Dari aufzuheben, nicht einverstanden erklären, da diese Artikel die Hauptkonkurrenz unserer Kartoffeln sind. Unsere Landwirthschaft braucht eine ruhige Entwicklung, und jede neue Zollschwankung würde sie sehr beunruhigen. Die Börse allein würde den Nutzen daraus ziehen. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. (Heiterkeit.)

Landwirthschaftsminister **v. Heyden:** Die Staatsregierung hat die vom Interpellanten berührten Verhältnisse, wie sie sich entwickelt haben, von Anfang an verfolgt. Der Interpellant hat bei Begründung seiner Interpellation selbst die Einschränkung gemacht, daß jedenfalls nur in beschränkten Kreisen von einem Nothstande die Rede sein kann. Ich möchte aber noch weiter feststellen, daß nach den vorliegenden Nachrichten von Osten nach Westen fortschreitend allerdings fast überall von der Mitte des Landes ab nach Westen an gewissen landwirthschaftlichen Produkten ein Ausfall stattfinden wird.

Dagegen stehen die Brotfrüchte, Weizen und Roggen im ganzen genügend, zum Theil sogar gut, allerdings ist in einigen Gegenden Nothreife des Roggens eingetreten. Nach menschlicher Voraussicht wird also hier ein Mangel nicht eintreten. Wir glauben vielmehr, daß von den Brotfrüchten sehr wohl erhebliche Quantitäten, soweit sie auf dem Halme stehen, benutzt werden können. Dagegen ist die Ernährung des Viehes in großen Kreisen schwierig geworden und im Westen, namentlich in der Rheinprovinz, in Hessen=Nassau, in den Regierungsbezirken Arnsberg und Erfurt haben sich Kalamitäten und besorgnißerregende Zustände für die Viehhaltung entwickelt.

Die Staatsregierung hat sich mit der Frage, was zu geschehen habe, wiederholt befaßt, zuletzt am 26. Juni. Es ist da im Ministerium eine Beschlußfassung erfolgt auf Grund der bis dahin bekannten Verhältnisse. Aber nach Maßgabe der Verhältnisse des Bildes, wie es sich am 26. Juni dargestellt hat, hat die Staatsregierung es noch nicht für nothwendig gehalten, ihrerseits ins Auge zu fassen, mit irgend welchen Geldmitteln zur Beseitigung des vorhandenen Nothstandes an einzelnen Stellen einzutreten. Sie ließ sich dabei von der Erwägung leiten, daß mit jeder solchen Gewährung Schäden, ja Demoralisirungen verknüpft sind (sehr richtig!), daß nur im äußersten Falle dazu gegriffen werden darf. Das Interesse des Landes erheischt es, daß gerade die Betheiligten mit eigenen Mitteln und eigenen Kräften eintreten. (Sehr richtig!) Die Staatsregierung hat von der Gewährung von Geldmitteln abgesehen in vollem Bewußtsein, sie hat das Vertrauen zu den Organen der Selbstverwaltung, zu den Kreisen und Provinzen haben können und haben müssen, daß diese Behörden das, was nach Lage der Verhältnisse in einzelnen Kreisen nothwendig ist, thun werden. Sie ist der Ansicht, daß bei diesen schwierigen Verhältnissen es Aufgabe der Kreisverbände ist, da, wo Noth ist, selber Hand anzulegen und einzutreten. Dagegen hat die Staatsregierung nicht verkannt, daß die Verhältnisse sich entwickeln können derart, daß später auch andere Mittel nothwendig sind. Sie ist aber der Ueberzeugung, daß, wenn auch der Landtag nicht beisammen sein wird, sie außeretatsmäßige Mittel zur Hebung von Schäden wird verwenden können und daß sie hierfür s. Z. Idemnität erhalten wird. (Beifall.)

Was bisher geschehen ist, das ist die Herabsetzung der Eisenbahntarife, über welche der Eisenbahnminister Näheres mittheilen wird. Selbstverständlich haben wir alles daran zu setzen, die werthvollen Viehbestände unseres Vaterlandes zu erhalten, aber die Hauptsache ist die Selbsthilfe. Meinerseits habe ich bereits am 6. Juni d. J., als mir zuerst das Verlangen entgegentrat, die Regierungspräsidenten der Rheinprovinz und von Hessen=Nassau angewiesen, Streu abzugeben und möglichst weit dabei entgegenzukommen und alle überflüssigen Formalitäten zu vermeiden. Als die Verhältnisse sich verschärften, habe ich diese Bestimmung auf die ganze Monarchie ausgedehnt und bald darauf bei erneuter Verschärfung der Kalamität sämmtliche Regierungspräsidenten angewiesen, unter Bezugnahme auf die früheren Verordnungen in möglichst umfassender Weise und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine Verordnung bezüglich Eröffnung der Forsten auszuführen. Bei dieser Eröffnung der Forsten ist eine fiskalische Ausnutzung und Hochschraubung der Preise ausgeschlossen. Dagegen muß auf Ordnung gesehen und dafür eine Gebühr erhoben werden. Außerdem muß darauf gesehen werden, daß nicht einzelne Wohlhabende die Abgabe von Streu zu sehr in Anspruch nehmen, daß vielmehr an die Gemeinde abgegeben und von dieser aus die Vertheilung gleichmäßig besorgt wird. Aus einem größern Theile der Monarchie ist mir die Mittheilung zugegangen, daß die Anordnungen ausgeführt sind. Soweit keine Nachrichten da sind, zweifle ich doch nicht, daß meinen Wünschen entsprochen wird.

Ein wesentliches Mittel zur Linderung der Noth liegt in der Verwendung von Torfstreu. Wegen der schwierigen und nicht immer regelmäßigen Verwendung von Torfstreu ist die Produktion eine geringe. Trotzdem habe ich Anordnungen getroffen, daß das Rohmaterial möglichst ausgiebig gewonnen werden soll, damit es demnächst zur Verfügung gestellt werden kann. Diese Maßregel hat Folgen nicht blos für den Winter, sondern in das nächste Jahr hinein.

Um die landwirthschaftlichen Vereine zu einer energischen Thätigkeit anzuregen, ist mir nahegelegt worden, sie in einer Centralstelle zusammenzufassen. Nach reiflicher Ueberlegung habe ich eingesehen, daß es fraglich ist, ob eine derartige Zusammenfassung für alle Landestheile berechtigt ist. Dagegen habe ich die Wahrnehmung zu machen geglaubt, daß in den betheiligten Landestheilen die Thätigkeit der landwirthschaftlichen Vereine nicht rege genug ist. Ich habe ihnen deshalb ans Herz gelegt, ihre Thätigkeit zu entfalten durch Versammlungen und Aussendung von Wanderlehrern, um mit den einzelnen Ortschaften unmittelbar Fühlung zu nehmen, um nach Lage der Sache festzustellen, was zweckmäßig ist nicht blos für den Herbst, sondern auch für das nächste Frühjahr. Hoffentlich wird diese Anregung von Nutzen sein.

Die Abgabe von Laub findet jetzt schon statt, aber nach meiner Ueberzeugung läßt sich noch bis in den Winter das Reisig, welches in ungezählten Mengen vorhanden ist, verwenden. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß in weiten Distrikten Baumzweige von Pappeln, Ulmen, Korbweiden als Futter benutzt werden können. Wissenschaftliche Untersuchungen in Eberswalde haben ergeben, daß das hieraus gewonnene Futter vollständig den Werth des mittleren Heues hat. Andere Versuche haben das Resultat ergeben, daß das Rindvieh dieses Futter gern annimmt.

Die Staatsregierung ist überzeugt, daß nach Lage der jetzigen Verhältnisse überall, wo die Kreistage noch nicht in Funktion getreten sind zur Berathung dieser Angelegenheit, es jetzt geschieht. Es ist nothwendig, daß sich das genossenschaftliche Wesen stärkt und in die ganze Angelegenheit eingreift. Ich verkenne nicht, daß seit dem 26. Juni die Verhältnisse in der Rheinprovinz und Hessen=Nassau sich verschlechtert haben. Doch sind wir auch hier der Ansicht, daß es zunächst Sache der Betheiligten ist, mit eigener Kraft zu arbeiten.

Die Frage des Ausfuhr=Verbotes glaube ich an dieser Stelle übergehen zu sollen, ebenso kann ich mich über die Aufhebung der Zölle im Namen der Regierung nicht äußern. Ich persönlich würde mir von einer Aufhebung der Zölle für die Landwirthschaft nichts versprechen.

Die Erörterung der Frage, ob die **Uebungen der Kavallerie** im Herbst einzustellen sind, scheint mir noch verfrüht zu sein; selbstverständlich wird sie erwogen werden. Wenn weiter der Wunsch ausgesprochen ist, die Domänenpächter sollten zur Bereitstellung von Futtermitteln die Erlaubniß zur Veräußerung von Heu und Stroh bekommen, so werden sie selbstverständlich diese Erlaubniß bekommen.

Die Hauptsache zur Beseitigung des Nothstandes ist die Organisation. Ich hoffe, daß auf diesem Gebiete, wo keine Politik mitspielt, die Behörden mit den Betheiligten zusammenarbeiten werden, und daß diese gemeinsame Arbeit eine neue Veranlassung zu gegenseitigem Vertrauen sein wird. (Beifall.) Wo es nöthig werden sollte, wird die Regierung auch ihrerseits kräftig eingreifen. Sie hofft, daß, wenn sie mit Forderungen für diesen Zweck vor den Landtag tritt, sie keine Zurückweisung erfährt. (Lebhafter Beifall.)

Minister **Thielen:** Bezüglich der gewährten Tarifermäßigungen beschränke ich mich auf die kurze Erklärung, daß ich bereit bin, die geäußerten Wünsche zu befriedigen, speziell durch eine Instruktion an die Eisenbahndirektionen dahin zu wirken, daß Hundertcentnerladungen Heu auf kurze Entfernungen in den Tarifen ermäßigt werden. Auch bin ich bereit, Korbweidenschößlinge billiger befördern zu lassen.

Die Ansicht, als wenn die Tarifermäßigungen die Preissteigerung der betreffenden Futtermittel in gewaltigem Maße bewirkt haben, weise ich zurück. Die Preissteigerung wäre auch ohnedies infolge der allgemeinen Noth eingetreten.

Man hat gemeint, die Tarifermäßigungen wären besser in Form von Rückerstattungen eingetreten. Die allgemeine Tarifermäßigung ist mit Rücksicht darauf geschehen, daß es bedenklich erschien, gewisse Bezüge von Getreide und Futtermitteln auszuschließen. Bei einer Tarifermäßigung in Form der Rückerstattung wäre der Handel ausgeschlossen gewesen. Außerdem sind wir von der Erwägung ausgegangen, daß die wirksamste Hilfe die Selbsthilfe ist, und es deswegen nicht zweckmäßig sei, die Selbsthilfe in irgend einer Weise zu beschränken.

Abg. **Rickert** (freis.): Nichts ist gefährlicher als aufgebauschte Gerüchte über Nothstände. Wir haben damit früher schlimme Erfahrungen gemacht. Wo Nothstände vorhanden sind, da ist es zunächst Pflicht der Organe der Selbstverwaltung einzutreten. Es darf nicht sofort die Staatshilfe angerufen werden. Diesen Standpunkt habe ich immer vertreten. Ueber das Ausfuhrverbot hat sich der Minister in Stillschweigen gehüllt. Auf der Konferenz im Herrenhause hat sich der Minister nicht so ausgeschwiegen. Und doch wäre es seine Pflicht hier darüber zu sprechen. Das Ausfuhrverbot ist ein vom Bund der Landwirthe ausgedüfteltes Mittel. Nach seinen bisherigen Leistungen können wir zu dem Bunde kein Vertrauen haben. Es wäre das Verkehrteste, was die deutsche Regierung thun könnte. Was thäten Sie, wenn Rußland ein Ausfuhrverbot erließe? Der Bund der Landwirthe hat es ja schon so weit gebracht, dadurch daß er der Regierung bei den Handelsvertragsverhandlungen in die Arme gefallen ist, den Kulturfortschritt zu hemmen. (Lachen rechts.) Wie denkt sich denn die Regierung ein Ausfuhrverbot? Soll denn auch die Durchfuhr verboten werden? Bei dieser Gelegenheit bitte ich um eine andere zollamtliche Behandlung der aus Rußland kommenden Kleie, die Zollabfertigung wird nach den Haupthafenorten verlegt, wo genügende Sachverständige sind. Ich hoffe, daß die Staatsregierung das Ausfuhrverbot nicht erläßt. Wollen Sie etwas thun, so giebt es nur ein Mittel: Suspendiren Sie die Zölle. (Lachen rechts.) Da lachen die Herren. (Erneutes Gelächter.) Graf Kanitz, der konservative Abgeordnete, hat ja vor zwei Jahren selbst die Suspension befürwortet. Das ist doch kein gesunder Zustand, daß Hafer 30 M. theurer ist als Roggen. Das bedeutet eine Last von 25 Millionen für die kleinen Landwirthe. Sie wollen diesen Leuten die Last

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930703020/fragment/page=0001
DFG

nicht abnehmen, und damit zeigen Sie am besten, wie sehr Ihnen die Noth der Landwirthschaft wirklich am Herzen liegt. (Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Centr.): Die Sache hat ein allgemeines Interesse, und ich muß mich daher dagegen wenden, daß, wie Herr Rickert das gethan hat, ein aggressiver Charakter in die Behandlung hineingetragen wird. Wenn auch ein allgemeiner Notstand nicht vorhanden ist, so sind doch schon jetzt gewisse Kreise von harter Bedrängniß betroffen, und es ist, selbst bei einer Aenderung des Wetters eine wesentliche Besserung nicht zu erwarten. Zu Betracht kommen am meisten die Gebiete der Eifel, des Hunsrück und die Kreise Olpe, Brilon, Meschede in Westfalen, Gegenden, die der Sonne besonders stark ausgesetzt sind. Es ist meistens kleiner, zersplitterter Grundbesitz, der davon betroffen wird und auch bei den kleinsten Schäden schon in große Noth geräth. Für diese Distrikte muß die Regierung in Aussicht stellen, daß sie dann, wenn die Noth größer wird, auch eingreift. Der Minister sollte zunächst den Kreisen und Gemeinden genaue Anweisungen geben und Berichte von ihnen einfordern. Vorläufig können die Kreise mit den Geldern aus der lex Huene helfen, aber späterhin muß auch die Provinz eintreten. Der Minister hat ja angewiesen, daß den armen Leuten Waldstreu gewährt wird. Aber es sollte doch die Anweisung gegeben werden, daß das von den Beamten mit Wohlwollen und nicht mit Widerwillen geschieht. Die Tarifermäßigungen begünstigen die Spekulation. Statt dessen würde es sich empfehlen, den Futtermittel besitzenden Gemeinden und Körperschaften den bisherigen Tarifsatz zwar auszurechnen, aber hinterhin einen Theil der Frachtgebühren zurückzuerstatten. Ueber das Ausfuhrverbot bin ich ganz ruhig. (Abg. Rickert: Bund der Landwirthe! Lachen rechts.) Um der Spekulation fernerhin die Spitze abzubrechen, wäre es wohl angezeigt, daß der Staat große Ankäufe macht und dann den Gemeinden davon ablässt. Wir geben dem Minister gern schon heute die Befugniß, im Falle es nöthig sein sollte, den Betroffenen mit Geldmitteln beizustehen. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Dasbach** (Centr.) bittet, in diesem Jahre die Entscheidung über die Aussetzung der Manöver rechtzeitig herbeizuführen. Die Eifel leidet seit länger als zehn Jahren an der mit den Manövern verbundenen Verpflegungslasten. Denn die Verpflegungsgelder sind durchaus unzureichend. Die Bevölkerung und die Soldaten leiden darunter. Die Verfügung wegen Gewährung von Stroh ist viel zu spät gekommen. Die Leute haben schon viel früher darum petitionirt. Die Art der jetzigen Beurtheilung von Landstreu gegen Geld — in einigen Gemeinden werden 5, in 10 M. für den Wagen gefordert — hat keinen besonderen Nutzen. Vielfach entspricht das wenig wohlwollende Verhalten der unteren Beamten nicht der Verfügung des Ministers.

Oberlandforstmeister **Donner** verliest die in eindringlichem Tone gehaltene Anweisung des Ministers an die Forstbeamten und spricht das Vertrauen zu der Disziplin der Beamten aus, daß diese Anweisung streng befolgt wird. Die Verfügung sei nicht zu spät gekommen.

Abg. **Mooren** (Centr.) erklärt aus eigener Erfahrung, daß die Forstverwaltungen sich nicht entgegenkommend gezeigt haben, sondern stets nur bestrebt waren, das Interesse der Waldung zu wahren. Erst die Verfügung des Ministers, die ziemlich spät gekommen sei, habe einige Abhilfe geschaffen.

Abg. **v. Ploetz** (kons.): Ich bitte die Regierung nicht generelle Tarifermäßigungen eintreten zu lassen, von denen die Händler den Hauptvortheil haben, sondern in Form von Rekaktion der Landwirthschaft Ermäßigungen zuzuwenden. Der Staat wird mehr thun müssen, da die Kreise zu wenig Mittel haben. Die freie Einfuhr von Mais würde nichts helfen, in Oesterreich lauert schon die Spekulation darauf. Die Noth ist so groß, daß ein Ausfuhrverbot für Heu und Kleie erlassen werden muß. Die Preise würden sonst noch mehr in die Höhe gehen. Der Bund der Landwirthe muß doch Herrn Rickert sehr im Magen liegen, daß er ihn immer wieder repetirt. (Heiterkeit.) Herr Rickert nannte das Ausfindigmachen des Ausfuhrverbotes die einzige That des Bundes der Landwirthe. Ueber landwirthschaftliche Fragen will ich mit Herrn Rickert nicht streiten, denn darin ist er uns allen über. (Heiterkeit.) Aber noch eine andere That haben wir zu verzeichnen, denn wir haben dazu geholfen, daß der Freisinn im Reichstag zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Er hat eine Niederlage erlitten, weil er für die Landwirthschaft wohl schöne Worte, aber kein Herz hat.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Damit ist die Interpellation erledigt und das Haus vertagt sich auf Montag, 12 Uhr (Kommunalabgabengesetz und kleinere Vorlagen).

Schluß 4¼ Uhr.

Die wirthschaftliche Lage im Handelskammerbezirk Halle.

Der heute erschienene Jahresbericht der Handelskammer zu Halle giebt von der allgemeinen Lage des Handels, der Industrie und des Gewerbes folgendes Bild:

Der wirthschaftliche Niedergang hat im Jahre 1892 einer Besserung nicht Platz gemacht. Wenn auch die in der ersten Hälfte des Jahres herrschenden ungewöhnlich hohen Getreidepreise, die thatsächlich Nothstandspreise bildeten, bei den günstigen Ernteaussichten allmälig sanken und schließlich, als die Ernte reichlichen Ertrag gab, in rascher Bewegung auf einem niedrigen Standpunkte anlangten, hat sich eine weitere Belebung des Marktes infolge der auf dem Getreidemarkte sich vollziehenden Erscheinungen nicht gezeigt. Während bei einzelnen Geschäftszweigen sich geringe Anzeichen einer Besserung kundgaben, war bei anderen der Tiefstandpunkt noch nicht erreicht, weshalb bei diesen in den letzten Monaten des Jahres hier und da noch zu Arbeiterentlassungen geschritten werden mußte und einzelne Werke nur mühsam ihren Betrieb aufrecht erhalten konnten. Zu den Geschäftszweigen, bei denen sich eine beginnende Hebung bemerkbar machte, gehört in erster Linie die Stärkefabrikation, die bei den gesunkenen Weizenpreisen ihr Rohmaterial zu einigermaßen entsprechenden Preisen einzukaufen vermochte und einen regelmäßigen Absatz ihres Erzeugnisses nach den sächsischen Textilgebieten hatte, ein Zeichen, daß auch innerhalb dieser Industrie eine Wendung zum Besseren hervorgetreten sein mußte. Die Erscheinungen, die eine beginnende Hebung der Geschäftslage signalisirten, blieben vereinzelt und wurden noch Ausbruch der Cholera vollständig beseitigt. Eine Besserung dürfte dann erst stattfinden, wenn eine Klärung der wirthschaftlichen Verhältnisse, durch die mehr Vertrauen in den sichern Bestand derselben herbeigeführt wird, eingetreten ist. Auch dann erst dürften sich die Vortheile der Handelsvertragspolitik des Deutschen Reiches mehr als bisher zeigen und die Handelsbilanz sich mehr zu Gunsten des eigenen Landes gestalten.

Was insonderheit die Gestaltung des Geschäftsganges in den einzelnen Erwerbszweigen des Bezirkes anbelangt, so war das Bankgeschäft genöthigt, unter ungünstigen Verhältnissen zu arbeiten, da der Umsatz vielfach den der früheren Jahre nicht erreichte. Die Ursache hierfür lag zum Theil in dem allgemeinen Vertrauensmangel. Außerdem hatte die Sparfähigkeit weiterer Kreise nicht unerheblich abgenommen.

Die Lage der Zuckerindustrie war gleichfalls ungünstig, da der Ertrag der Felder an Rüben nur gering war. Bei der Stille des Marktes und der zur Herbstzeit herrschenden Choleraurcht blieben die Preise für Rohzucker etwas gedrückt. Die Fabrikation von raffinirtem Zucker lag sehr darnieder, da der Verbrauch abgenommen und das Angebot infolge neu errichteter Fabriken auf dem inländischen Markte zugenommen hat. Der Preisdruck für Raffinaden war so stark, daß verschiedene Raffinerien einen Unternehmergewinn nicht erzielen konnten. Die Ausfuhr von Zucker bewegte sich in mäßigen Bahnen.

Der Braunkohlenbergbau hat in den in Betracht kommenden Revieren, dem Hallischen, Bitterfelder und Weißenfels-Zeitzer Reviere, während des Jahres einen Rückschritt erfahren. Auch der Absatz in Naßpreßsteinen und Briketts vollzog sich in schleppender Weise. Die Paraffin- und Solarölindustrie hatte einen schweren Kampf mit der amerikanischen und schottischen Industrie zu führen. Die Preise für Paraffin waren während des größten Theiles des Jahres im Weichen, erst gegen Schluß befestigten sich dieselben bei der Aufwärtsbewegung auf dem Fettwarenmarkte. Infolge dieser Erscheinungen war der Absatz im Inlande mäßig und die Ausfuhr in engen Grenzen gehalten. Dagegen fand ein regelmäßiger Versandt von Paraffinkerzen sowohl im In- als auch nach dem Auslande zu annehmbaren Preisen statt. Es trat demnach die Erscheinung hervor, daß der Kerzenhandel sich wenig abhängig von der allgemeinen Marktlage für Paraffin zeigte.

Der Kupferschieferbergbau des Bezirkes ist in eine bedauerliche Phase getreten, die sich am treffendsten als Nothstand charakterisiren läßt. Durch die Wasserdurchbrüche des Salzigen Sees zu Oberröblingen wurden mehrere Schächte derartig gefährdet, daß ein großer Theil der Belegschaft entlassen und der übrige Theil nur erheblich verkürzte Schichten zu arbeiten vermochte. Durch die verkürzten Lohnzahlungen wurde das ganze Gebiet um Eisleben und Mansfeld in Mitleidenschaft gezogen. Da der Mansfeldsche Kupferschieferbauenden Gewerkschaft das Recht ertheilt ist, den Salzigen See auszupumpen, ist eine Besserstellung zu erhoffen. Ein Einlegen des Kupferschieferbergbaues oder eine wesentliche Einschränkung desselben würde einen sehr schweren Schaden für einen großen Theil des Bezirkes herbeiführen.

Die Maschinen-Industrie ist mehr als bisher von der absteigenden wirthschaftlichen Bewegung ergriffen worden. Mit Ausnahme einzelner Werke für Spezialmaschinen, die einen recht befriedigenden Absatz erzielten, trat zu Ende des Berichtsjahres eine Verringerung der Produktion ein, infolgedessen mehrere Fabriken die früher beschäftigte Arbeiterzahl nicht mehr voll in Thätigkeit erhalten konnten. In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich jedoch eine geringe Wendung zum Bessern bemerkbar gemacht.

Die gewaltigen Preisunterschiede für Getreide haben den Getreidehandel aufs empfindlichste geschädigt.

Die Mühlen-Industrie hatte gleichfalls nur ein mäßiges Geschäftsergebniß, weil dieselbe durch den Rückgang der Getreidepreise, indem diese Industrie eine größere Menge von Vorräthen zu halten genöthigt ist, nicht unerheblich geschädigt wurde. Da infolge des wirthschaftlichen Rückganges der Verbrauch von Müllereifabrikaten abgenommen hat, verminderte sich der Absatz in merkbarer Weise. Erhöht wurde diese Erscheinung dadurch, daß von auswärtigen und an der Grenze befindlichen Mühlen Angebote von Waaren stattfanden, welche nur infolge der Staffeltarife gemacht werden konnten.

Die Stärkefabrikation, die bei den hohen Preisen für Weizen im Jahre 1891 glänzlich daniederlag, hat sich im Berichtsjahre, wie schon oben bemerkt, merklich erholt. Der Unternehmergewinn wurde jedoch aus dem Grunde geschmälert, weil das Ausbeuteverhältniß des Weizens, infolge des trockenen Sommers, wobei der Stärkemehlgehalt nicht voll hatte zur Entwickelung kommen können, geringer als sonst war. Dazu konnten auch die für die Schweinemast mit Abfallstoffen dieser Industrie erforderlichen russischen und galizischen Schweine nicht in der erforderlichen Menge erlangt werden.

Ueber die Malzindustrie kann nur wenig günstiges berichtet werden. Auch in den Brauereien des Bezirks ist kein Fortschritt zu verzeichnen. Die schon schwierigen Verhältnisse haben eine weitere Verschlechterung erfahren, so daß die meisten Brauereien sich in einem wirthschaftlichen Stillstande, wenn nicht in einem Rückgange befanden. Die Einbringung der Brausteuervorlage rief eine starke Bewegung innerhalb der Industrie hervor.

Bezüglich der Spritindustrie ist eine Besserung der bisherigen mißlichen Geschäftslage nicht eingetreten, seitdem die rückgängige Preisgestaltung für Spiritus eine Belebung des Geschäftsverkehrs nicht in die Erscheinung treten ließ. Da die Frachtvergünstigungen des Ostens in Wegfall kommen, läßt sich eine Besserung der bisher gedrückten Lage erhoffen.

Der Kolonialwarenhandel hatte einen ziemlich regelmäßigen Geschäftsverkehr. Nach Ausbruch der Cholera erlahmte derselbe allerdings fast vollständig. Des weiteren konnte zu den Herbstmonaten infolge der anhaltenden Dürre der Schiffsverkehr bis Halle nur in geringem Grade ausgenutzt werden. Die Klagen über die Ausbreitung der Konsumvereine, namentlich für Beamte, nehmen in einer Weise überhand, daß es angezeigt erscheinen kann, dahin zu wirken, daß derartigen Vereinen keine Vortheile gegenüber den Einzelgeschäften eingeräumt werden. Auch die Bewegung gegen den Kleinhandel, die von einer mitgeschäftlichen Auffassung desselben ausgeht, verdient Beachtung und es dürfte sich gleichfalls erforderlich erweisen, daß an maßgebender Stelle das Augenmerk auf die Erhaltung desselben mehr als bisher gerichtet wird. Es dürfte dieses umsomehr angebracht sein, als der Kleinhandel eine wesentliche Stütze des Mittelstandes bildet und mit dem Verschwinden desselben ein gesundes und wirthschaftlich nothwendiges Element des Staatswesens seine Beseitigung erfährt.

Der Holzhandel und die Holzwaaren-Industrie haben eine Besserung ihrer Lage nicht erfahren, da die Bauthätigkeit fast gänzlich daniederlag.

In gleicher gedrückter Lage befand sich aus ähnlichen Gründen die Ziegelei- und Steinindustrie des Bezirkes. Der Versuch, durch Konventionen eine Verringerung der Waarenerzeugung herbeizuführen, wie es in einzelnen Zweigen dieser Industrie erstrebt wurde, hat einen Erfolg nicht aufzuweisen gehabt. In der Herstellung von Thonwaaren und Porzellangegenständen, sowie Mosaikplatten ꝛc. kann über bessere Ergebnisse nichts berichtet werden.

Die Lederindustrie und der Lederhandel haben eine vortheilhaftere Gestaltung ebenfalls nicht aufzuweisen gehabt, namentlich werden seitens der Schuhwaaren- und Handschuhfabriken die alten Klagen über hohe Rohstoffpreise, niedrige Verkaufspreise und mangelnden Absatz laut. Dazu gaben vielfach die sämmtigen Zahlungsweisen zu Bemängelungen Anlaß. Dagegen wird erfreulicherweise aus der Weißgerberei von einem befriedigenden Ergebnisse berichtet, wie auch aus diesem Geschäftszweige über mangelnden Absatz keine Klage geführt wird.

Die Textilindustrie berichtet zum Theil über eine gedrückte Geschäftslage, zum Theil sind jedoch innerhalb mancher Zweige Anzeichen einer beginnenden Hebung hervorgetreten, die die lang erhoffte Wendung zu einer aufsteigenden Konjunktur erwarten lassen. Einzelne Zweige, wie die Damenmäntel-Fabrikation, wissen sogar von einem recht günstigen Geschäftsgange zu berichten. Namentlich hat sich die Ausfuhr, besonders nach Kanada, gehoben. Gleich günstig lauten die Nachrichten aus der Fabrikation von Kunstwolle und Kunstwollgarnen, wie man in der Herstellung künstlicher Blumen eine aufsteigende Entwicklung beobachten konnte.

Die Cellulosefabrikation und die Papierindustrie hat auf ihrem Tiefstandpunkte verharrt. Einzelne Zweige, z. B. die Buntpapierfabrikation und die Erzeugung von Spielkarten, vermochten bei mäßigen Ansprüchen einen den gedrückten Verhältnissen entsprechenden Umsatz zu erzielen.

Die Mehrzahl der im Bezirke der Handelskammer sich befindenden Geschäftszweige hat demnach unter ungünstigen Verhältnissen gearbeitet. Nur in vereinzelten Fällen machten geringe Anzeichen eine Wendung zum Bessern bemerkbar. Dieselben werden dann in größerem Maßstabe hervortreten, wenn sich eine Gesundung der Verhältnisse in manchen europäischen Staaten und in den überseeischen Gebieten vollzieht. Dann wird die Ausfuhr der deutschen Fabrikate, deren Möglichkeit durch die neu geschaffenen Handelsverträge auch für die Folgezeit erleichtert worden ist, sich steigern, wodurch die Handelsbilanz des Deutschen Reiches eine bessere Gestaltung erfährt. Es mag daher an dieser Stelle dem Wunsche Ausdruck verliehen werden, daß die Reichsregierung auf dem bezeichneten Wege weiter vorwärtsschreitet und Handelsverträge mit solchen Staaten schafft, welche mit Deutschland in regem wirthschaftlichen Austausche stehen. Auf die Erlangung günstiger Zollsätze und langer Vertragsdauer dürfte hierbei vornehmlich das Augenmerk zu richten sein.

Auf die Arbeiterverhältnisse übte die im allgemeinen gedrückte Lage im Geschäftsleben insofern ihre Wirkung, als sie eine gewisse Stabilität derselben herbeiführte. Die Neigung zum Wechsel der Arbeitsstätte, die in früheren Jahren sehr in die Erscheinung trat — zum Schaden der Industrie, des Arbeitgebers und nicht weniger des Arbeiters selbst — hat sich im Berichtsjahre nicht gezeigt. Es sind daher auch Arbeitseinstellungen in größerem Umfange nicht eingetreten. Trotz des großen Angebotes von Arbeitskräften und der wenig günstigen Geschäftslage sind die Arbeitgeber im allgemeinen zur einer Herabsetzung des Lohnes nicht geschritten; vielmehr ist man von dieser Seite bemüht gewesen, den Arbeitern ihre Beschäftigung nach Möglichkeit zu erhalten. Mit dem Betragen des seßhaften Theiles der Arbeiter sind die Arbeitgeber im allgemeinen zufrieden gewesen. Daß das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht überall durch die Agitatoren zerstört wird, dafür bieten sich in dem Bezirke verschiedene Beispiele, was um so erwähnungswerther ist, je seltener solches wird. In verschiedenen Unternehmungen ist eine Gewinnbetheiligung der Arbeiter zur Einführung gelangt.

Obgleich das Angebot von Arbeitskräften ein sehr großes war, wird doch von manchen Seiten Klage darüber geführt, daß Kräfte, die einer besonderen Ausbildung bedürfen, nur verhältnißmäßig schwer zu erlangen waren. Verschiedentlich wurden auswärtige Arbeiter herangezogen.

Was die sozialpolitische Gesetzgebung anbelangt, so werden die Wohlthaten der Krankenversicherung von den Arbeitern mehr und mehr anerkannt.

Ueber den Besuch des Handelsministers, Excell. v. Berlepsch, in Halle

im Mai v. J., über den wir s. Z. bereits berichtet haben, macht der Jahresbericht noch folgende Mittheilungen. Nach Beiwohnung einer Sitzung des Oberbergamtes machte der Herr Minister der Handelskammer einen Besuch. Außer den Mitgliedern und dem Sekretär der Kammer hatten sich zur Begrüßung eingefunden: Oberregierungsrath v. Bötticher-Merseburg, Oberbürgermeister Staude und Regierungs- und Gewerberath Hagemann-Merseburg. Se. Excell. erschien in Begleitung des Ober-Berghauptmanns Freund aus Berlin und des Berghauptmanns v. d. Heyden-Rynsch. Die Kammer hatte seit ihrem mehr als 40jährigen Bestehen zum ersten mal die Ehre, ein Mitglied des königlichen Staatsministeriums in ihren Geschäftsräumen begrüßen zu können. Nachdem der Herr Minister für die ihm gewordene Begrüßung gedankt, forderten Se. Excell. die Handelskammer auf, besondere ihr am Herzen liegende Wünsche zum Vortrage zu bringen. Der Vorsitzende nahm hierauf Veranlassung, die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf die Frage des Elster-Saale-Kanals zu lenken. Nach einer Besprechung dieses Projektes nahm der Herr Minister das Wort und betonte, daß die Handelskammer über diese Frage bisher noch nicht im besonderen an ihn berichtet habe, weshalb er seine Ansicht nur auf die Nachrichten stützen könne, die in den Jahresberichten der Handelskammer enthalten oder sonst in die Oeffentlichkeit gedrungen seien. Die Kammer möge deshalb einen ausführlichen Bericht erstatten, worauf die Angelegenheit in wohlwollende Erwägung gezogen werden solle. Der Herr Minister hob dabei hervor, daß es auch ihm zweckmäßig erscheine, wenn natürliche Wasserstraßen vorhanden seien, diese auszubauen. Erst dann sei an die Schaffung künstlicher Wasserstraßen zu denken, wenn die natürlichen sich als völlig unzureichend erwiesen hätten. Bei der Saale handle es sich darum, diese hierauf zu prüfen. Weiter führte der Herr Minister aus, daß, da sämmtliche bisherigen Kanalprojekte Leipzigs preußisches Gebiet durchschnitten, die preußische Staatsregierung die Aufgabe habe, die heimischen Interessen zu wahren. Es werde das in erster Linie geschehen; daneben aber dürfe dem befreundeten Nachbarlande jedes billige Entgegenkommen nicht versagt werden.

Als ein weiterer Gegenstand wurde eine Eingabe an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten über die Ermäßigung der Braunkohlenfrachten in Berathung gezogen. Nach Vortrag dieser Angelegenheit gab der Herr Minister Aufschluß über seine Stellung zu den Frachten für Rohstoffe und betonte, daß man seitens der Staatsregierung dem betreffenden Antrage sehr wohlwollend gegenüberstände und daß auch bezüglich der Tarifgestaltung Wandel geschaffen werden solle, wenn die Finanzlage des Staates solches gestatten würde.

Des weiteren führte der Herr Minister aus, daß die Anträge der Handelskammer stets in sorgfältige Erwägung gezogen werden sollten und daß, wenn der Vorsitzende betont habe, daß seit etwa 40 Jahren kein Mitglied des Königlichen Staatsministeriums die Handelskammer besucht habe, es in Zukunft anders werden würde. Was ihn betreffe, so werde die Handelskammer seine Thür stets offen finden.

Nach Schluß der Sitzung besichtigte der Herr Minister die Hallesche Maschinenfabrik, dann nach einer Probefahrt auf der elektrischen Stadtbahn, auf der die Geschwindigkeit und die rasche Bremsmöglichkeit der Motorwagen veranschaulicht wurden, die Elektrizitätswerke derselben und endlich noch die Pfännerschaftliche Saline nebst Naßsteinpresse. In den folgenden Tagen bereiste der Herr Minister den Bezirk der Handelskammer, wobei außer andern die Mansfeldsche Kupferschieferbauende Gewerkschaft und der Braunkohlenbergbau im Weißenfels-Zeitzer Reviere besichtigt wurden.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* **Leipzig**, 1. Juli. Weizen per 1000 kg netto inländischer 162—165 M. bez. u. Br., do. ausländischer —,— M. Matter. Roggen per 1000 kg netto inländischer 148—150 M. bez. u. Br., do. ausländischer —,— Matter. Gerste per 1000 kg netto Braugerste —,— M., do. Mahl- u. Futterwaare 127—130 M. bez. u. Br. Hafer per 1000 kg netto inländischer 182—185 M. bez. u. Br, do. ausländischer —,—.

* **Hamburg**, 1. Juli. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 165—166. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 152—154, russ. loco ruhig, Transito 110. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* **Bremen**, 1. Juli. Roggen per Juli 143,50, per Juli-Aug. 143,00, per Sept.-Okt. 150,00.

* **Stettin**, 1. Juli. Weizen loco still, 150,00—155,00, per Juli 155,50, per Sept.-Okt. 162,00. Roggen loco lustlos, 132,00—133,00, per Juli 141,00, per Sept.-Okt. 147,50. Pomm. Hafer loco 158—165.

* **Nordhausen**, 1. Juli. (Preise einschl. Maklergebühr.) Weizen 15,50—15,80 M., Roggen 15,00—15,40 M., Gerste 15,00—16,00 M., Hafer 18,00—18,50 M. per 100 kg.

* **Wien**, 1. Juli. Weizen pr. Herbst 8,33 Gd., 8,36 Br., per Frühjahr 8,66 Gd., 8,69 Br., Roggen per Herbst 7,14 Gd., 7,27 Br., per Frühjahr — Gd., — Br., Hafer per Herbst 6,62 Gd., 6,95 Br.

* **Pest**, 1. Juli. Weizen weichend, per Herbst 8,18 Gd., 8,20 Br. Hafer pr. Herbst 6,52 Gd., 6,54 Br.

* **Antwerpen**, 31. Juli. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer und Gerste weichend.

* **Amsterdam**, 1. Juli. Weizen per Nov. 178. Roggen per Okt. 132, per März 134.

* **New York**, 1. Juli. (Telegr.) [Anfangsbericht.] Weizen per Sept. 75,00.

Metalle.

* **Breslau**, 1. Juli. Zink —,—.

* **Amsterdam**, 1. Juli. Banczinn 54½.

* **Glasgow**, 30. Juni. (Telegr.) Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 336,424 Tons gegen 429,191 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 7, gegen 76 im vorigen Jahre.

* **New York**, 30. Juni. Zinn Straits 19,25 Doll. Eisen Nr. 1 Coltness 21,75 Doll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930703020/fragment/page=0002